

---

## Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen

[Presseinformation vom 6.9.2005](#)

### Psychotherapie-Patienten ohne Beratung

**Der psychotherapeutische Bereich ist einer der kompliziertesten und undurchschaubarsten des Gesundheitswesens. Aber Patienten mit psychischen Problemen brauchen angeblich keine qualifizierte Fachberatung bei ihrer Suche nach einer geeigneten Therapie. So sehen es jedenfalls der Bundesverband der Verbraucherzentralen und der Sozialverband VdK Deutschlands, die aller Wahrscheinlichkeit nach in Zukunft im Auftrag der gesetzlichen Krankenkassen bundesweit die Patientenberatung organisieren werden. Nach ihrer Ansicht reicht es, Patienten mit psychischen Problemen in Zukunft im Rahmen einer „allgemeinen Patientenberatung“ ohne „themenspezifische“ Ausrichtung zu beraten.**

**Dieser Schritt verkennt nicht nur die hochkomplizierte Lage im Bereich Psychotherapie und benachteiligt diese sprunghaft anwachsende Patientengruppe in unzumutbarer Weise, sondern zerschlägt auch bestehende Beratungsstellen, die in den letzten Jahren eine problemangemessene Betreuung mit großem Erfolg aufgebaut haben. Das „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“ wehrt sich mit einer Protestaktion gegen den Abbau qualifizierter Verbraucher- und Patientenberatung für den Bereich Psychotherapie und verlangt deren Erhaltung.**

Bonussysteme, Zuzahlungen, freie Kassenwahl – durch die Gesundheitsreformen geraten Versicherte immer mehr in die Rolle von Kunden. „Ohne unabhängige und verständliche Gesundheitsinformationen können sie die ihnen zugedachte Rolle als mündige Patienten jedoch nicht wahrnehmen“ sagt Marion Mohr, Geschäftsführerin des Kölner Informationsbüros für Psychotherapie und Alternativen. Im Jahr 2000 hat der Gesetzgeber daher die Spitzenverbände der Krankenkassen verpflichtet, Einrichtungen der Verbraucher- und Patientenberatung mit jährlich 5,1 Millionen Euro zu fördern.

30 Modellprojekte aus verschiedenen Bereichen der Gesundheitsversorgung erhielten bislang Zuwendungen aus diesem Topf, darunter auch das Informationsbüro. Mit dieser Vielfalt soll nun Schluss sein. Die Spitzenverbände der Krankenkassen werden die Gelder zwei großen Verbänden übertragen, die die unabhängige Patientenberatung in Zukunft organisieren sollen. Schon jetzt zeichnet sich ab: Eine Fachinformationsstelle für Menschen, die unter psychischen Problemen leiden, wird es in diesem Rahmen nicht mehr geben. Und das, obwohl die Zahl der psychischen Erkrankungen ständig wächst.

## **Psychische Probleme nehmen dramatisch zu – Hilfsangebote gleichermaßen**

„Rund ein Drittel der deutschen Bevölkerung sind im Laufe eines Jahres von psychischen Störungen, wie beispielsweise Angst oder Depression, betroffen“, sagt Marion Mohr. Die Ursachen seien vielfältig, die Folgen messbar. In ihrem neusten Gesundheitsreport weist die Techniker Krankenkasse nach, dass die Arbeitsunfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen - trotz allgemein sinkenden Krankenstandes - seit 2000 um 20 Prozent gestiegen ist. Damit stehen psychische Störungen erstmals an zweiter Stelle der Arbeitsunfähigkeitsursachen, direkt hinter Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems.

Mit der Zunahme der Erkrankungen wächst nicht nur die Nachfrage, sondern auch das Angebot an psychologischen Gesundheits-Dienstleistungen. Für Patienten ohne Fachkenntnisse ist der Psychomarkt in seiner Fülle aber schon jetzt kaum mehr zu durchschauen. „Wer auf der Suche nach professioneller Hilfe ist, sieht sich mit 250 unterschiedlichen Verfahren konfrontiert, die alle vorgeben, seelische Probleme zu lösen“, so Marion Mohr. Oft entschieden sich die Betroffenen daher mehr aus Zufall für ein Verfahren. Fehlbehandlungen und auch Missbrauch seien die Folge.

## **Das „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“**

Umso wichtiger sind Einrichtungen wie das 1995 gegründete Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen in Köln. Auf seinen Gesundheitsseiten im Internet erfahren Ratsuchende alles über Kosten, Nutzen, Vorgehensweise und Risiken verschiedener Verfahren. Ein Team aus qualifizierten Psychologen und Pädagogen hilft zudem bei der Suche nach individuell passenden Angeboten, wie Therapien, Selbsthilfegruppen und vielem mehr.

Damit nicht genug: Ratsuchende werden nicht mit bloßer Information und ein paar kargen Adresszeilen entlassen, sondern ihre Kompetenz im Umgang mit Therapeuten wird im *vorhinein* gestärkt. Es wird ihnen aber auch Rat und Hilfe *während* der Therapie, sowie Unterstützung und Begleitung *nach* einer misslungenen oder missbräuchlichen Therapie angeboten.

Das präventive Angebot ist damit vollständig - ergänzt durch die einzigartige Funktion als Anlaufstelle für Psychotherapiegeschädigte. Ein integrierter Komplett-Service, der sich sprunghaft wachsender Nachfrage erfreut: Monatlich rund 11.000 Interessierte besuchen inzwischen die Website, 230 Anfragen von Ratsuchenden aus der ganzen Bundesrepublik werden Monat für Monat bearbeitet, die meisten per Telefon und Mail. „Die beeindruckende Steigerung bei der Nachfrage zeigt,“ so Dr. Jan Leidel, Leiter des Gesundheitsamts der Stadt Köln, „dass hier nach wie vor ein großer Bedarf besteht, der anderweitig nicht abgedeckt werden kann.“

„Unser Service ist bundesweit einzigartig“, so die Geschäftsführerin. Zwar bieten Krankenkassen, Ärzte – und Berufsverbände Gesundheits-Informationsdienste an. Diese informieren jedoch nur über Leistungen, die sie selbst anbieten bzw. finanzieren, m. a. W. sie beschäftigen sich ausschließlich mit kassenfinanzierter Psychotherapie. Alles, was sich außerhalb abspielt (und das ist nach Schätzungen mindestens noch mal so viel: Lebensberatung, Coaching, Training, ganzheitlich-spirituelle Verfahren und vieles andere mehr), existiert für diese Informationsdienste nicht – auch wenn die finanziellen Folgen unwirksamer und schädlicher Therapien letztlich zu Lasten der Krankenkassen gehen. „Wir hingegen stellen Patientinnen und Patienten das gesamte Informationsspektrum zur Verfügung - und ermöglichen ihnen so eine eigenverantwortliche, selbst bestimmte Entscheidung.“

## **Kein Informationsbüro mehr - und keine themenspezifische Verbraucher- und Patientenberatung für Psychotherapie**

Seit 2001 wurde das Informationsbüro von den Spitzenverbänden der Krankenkassen als Modelleinrichtung der unabhängigen Verbraucher- und Patientenberatung gefördert. Jetzt aber steht es vor dem Aus. „Unser Antrag auf Weiterförderung wurde von den beiden Organisationen, die das Geld zukünftig verteilen, abgelehnt“, erklärt Wolfgang Hippe, Vorstand VESUV. „Die jahrelange erfolgreiche Aufbauarbeit, die umfangreiche Datenbank, die Beratungskompetenz oder die Webseite, die mit Versichertengeldern finanziert wurde, wären damit für die Katz.“

Diese Entscheidung trifft nicht nur beim Team des Informationsbüros auf Unverständnis. „Angesichts der Zunahme psychischer Erkrankungen ist eine hochwertige themenspezifische Patientenberatung gerade für den Bereich Psychotherapie notwendiger denn je“, sagt Dr. Hermann-Josef Berk, langjähriger Vorsitzender des BDP-Landesverbandes NRW. „Das lässt sich nicht nebenbei und mit notdürftig nachgeschulten Mitarbeitern ‚runterreißen‘ – das bedarf in vielen Fällen langjähriger Erfahrung und spezieller Kenntnisse im Umgang mit Psychotherapie-Klienten. Ein bundesweites Kompetenzzentrum für Psychotherapie im Bereich der Verbraucher- und Patientenberatung, wie es das Informationsbüro darstellt, ist unverzichtbar. Es könnte die Mitarbeiter der ‚allgemeinen Patientenberatung‘ in einfachen Fragen schulen und würde bei allen anderen Fragen selber tätig. Was bei der jetzigen Planung raus käme, ist pure Geld- und Ressourcenverschwendung.“

Es widerspricht übrigens auch den „Schlussfolgerungen für die zweite Projektphase“, wie sie Erwin Dehlinger vom AOK-Bundesverband zusammengefasst hat. Danach gehört zu den *Kernaufgaben* der Modellverbände: der „Aufbau und Betrieb exemplarischer, themenspezifischer und überregionaler Beratungs- und Informationsangebote“.

### **Protestaktion**

Auf diesem Hintergrund wird das Informationsbüro aus Protest seinen Antrag auch direkt bei den Spitzenverbänden der Krankenkassen einreichen. Auch wenn das so nicht vorgesehen ist.

Außerdem ruft das „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“ zu einer *Protestaktion* auf: Es fordert alle betroffenen und interessierten Personen, Einrichtungen und Verbände auf, für die Erhaltung einer qualifizierten Verbraucher- und Patientenberatung im Bereich Psychotherapie einzutreten und mit einem Protestbrief gegen die jetzige Entscheidung zu protestieren.

### **[Nähere und aktuelle Informationen auf unserer Website !](#)**

#### **Kontakt**

#### **V E S U V – Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen**

Münstereifelerstraße 16  
50937 Köln  
Tel: 0221 / 420 13 84  
Fax: 0221 / 430 820 10  
Mail: [informationsbuero@vesuv-ev.info](mailto:informationsbuero@vesuv-ev.info)  
Web: [www.psychotherapie-netzwerk.de](http://www.psychotherapie-netzwerk.de)

Ansprechpartnerin:  
Marion Mohr (Geschäftsführung)  
Mobil : 0173 / 27 77 957  
Mail: [marion.mohr@vesuv-ev.info](mailto:marion.mohr@vesuv-ev.info)

## **Protestbrief**

*Sehr geehrte Damen und Herren!*

**Ich habe mit großer Bestürzung zur Kenntnis genommen**, dass der Zuschlag für die zweite Modell-Phase der Verbraucher- und Patientenberatung nach § 65 b SGB V mit großer Wahrscheinlichkeit an einen Modellverbund aus „Bundesverband der Verbraucherzentralen“ und „Sozialverband VdK Deutschland“ gehen wird, und *dass in diesen Zusammenhang geplant ist:*

- nur noch eine „allgemeine Patientenberatung“ anzubieten und keine qualifizierte „themenspezifische Beratung“ zum Thema psychische Probleme und Psychotherapie
- dass deshalb auf einen Vertragsabschluß mit dem „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“ verzichtet worden ist
- was zugleich bedeutet, dass dem Informationsbüro für eine Fortsetzung seiner Arbeit die notwendige Finanzierungsgrundlage entzogen wird

**Ich möchte alle**, die an der Entscheidung beteiligt sind oder Einfluss darauf haben, dringend bitten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine solche Fehlentscheidung zu verhindern bzw. zu revidieren.

Denn *psychische Probleme*

- stiegen zwischen 1997 und 2004 dramatisch um 70 Prozent an (Anzahl Fälle psychischer Erkrankungen, Quelle: DAK)
- stellen 2004 9,8 % des gesamten Krankenstandes (Quelle: DAK)
- verursachten im Jahr 2004 10 bis 15 Prozent aller Fehltage von ArbeitnehmerInnen (Quelle: DAK, TK)
- beschäftigen bundesweit Zehntausende von Psychotherapeuten (mehr als 20.000) und sonstigen Therapeuten und Anbieter (nach Schätzungen mindestens noch mal so viel)
- werden mit bis zu 250 verschiedenen Verfahren behandelt, darunter viele unwirksame und teils auch gefährliche – mit hohen Folgekosten durch Fehlbehandlungen und Folgetherapien
- verursachten bereits 2002 allein im Gesundheitswesen Kosten in Höhe von 22,4 *Milliarden* Euro (für „psychische und Verhaltens-Störungen“, Quelle: Statistisches Bundesamt) – *zuzüglich* einer nach Schätzungen gleich hohen Summe aus rein privaten Aufwendungen

Die Ausgaben für Verbraucher- und Patientenberatung sollten sich vor allem an der Dringlichkeit und Häufigkeit der Krankheiten bzw. Probleme orientieren. Wenn psychische Probleme 10 % des gesamten Krankenstandes verursachen (mit steigender Tendenz), dann sollte in einem entsprechenden Umfang über diese Probleme und ihre Behandlung beraten und aufgeklärt werden.

Das „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“ benötigt für seine (kostensparende) Tätigkeit nur zirka 250 *Tausend* Euro jährlich. Mit anderen Worten ein Zwanzigstel (4,9 %) der gesetzlich vorgesehenen Gelder für die Verbraucher- und Patientenberatung nach § 65 b SGB V (5,1 Millionen). Dafür konnten vom Informationsbüro bisher *im Schnitt* monatlich 230 Menschen qualifiziert beraten und 11.000 Website-Besucher zielgenau informiert werden (Stand: März 2005).

**Ich fordere daher gemeinsam mit allen anderen Betroffenen**

- den Erhalt einer *themenspezifischen* Verbraucher- und Patientenberatung für den Bereich psychische Probleme und Psychotherapie
- die Förderung des „Informationsbüros für Psychotherapie und Alternativen“ als bundesweites Kompetenz-Zentrum für psychische Probleme und Psychotherapie im Rahmen der Verbraucher- und Patientenberatung nach § 65 b SGB V

**Absender:** *(bitte Datum, Namen, Vornamen und vollständige Adresse eintragen)*

**Die Empfänger der Protest-Mail:**

1) AOK Bundesverband: Bundesvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Ahrens; der Leiter der AOK Dependence Berlin, Erwin Dehlinger, 2) Bundesverband der Betriebskrankenkassen, Vorstandsvorsitzender Wolfgang Schmeinck, 3) Verbraucherzentralen Bundesverband, Vorstand Prof. Dr. Edda Müller, 4) Sozialverband VdK Deutschland, Präsident Walter Hirrlinger, 5) Die Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherung Ulla Schmidt, 6) Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung Helga Kühn-Mengel, 7) Die Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Elly Künast, 8) MdB Horst Seehofer (CSU, Sozialverband VdK Bayern), 9) MdB Andreas Storm (CDU), 10) MdB Wolfgang Zöllner (CSU) 11) MdB Erika Lotz (SPD), 12) MdB Detlef Parr (FDP), 13) MdB Birgitt Bender (Die Grünen) 14) Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Bundesverband, 1. Vorsitzende Barbara Stolterfoht, 15) VESUV –Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen

**Die Empfänger des Protest-Briefs:**

1) AOK Bundesverband - Bundesvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Ahrens